

## Haushaltsrede 2014

### SPD-Fraktion im Rat der Stadt Monheim am Rhein, 18.12.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

gerne spreche ich im Namen der SPD-Fraktion zu Beginn meiner Haushaltsrede allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, insbesondere denen der Kämmerei, unseren Dank für die geleistete Arbeit am Haushaltsplan 2014 aus. Uns ist bewusst, dass in Zeiten des Geldes und der Begehrlichkeiten die Erstellung eines Haushaltsplanes nicht einfacher geworden ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

heute verabschieden wir den letzten Haushaltsplan dieser Legislaturperiode. Damit einhergehend halten die Fraktionsvorsitzenden auch die letzten Haushaltsreden vor der Kommunalwahl 2014 und ich mit Sicherheit die letzte für die SPD-Fraktion.

Ich will nicht verhehlen, dass bei mir auch ein wenig Wehmut aufkommt.

Und ich nutze gern die Gelegenheit, mich bei allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und bei den Ratsleuten der anderen Fraktionen für die – die kleine Einschränkung sei mir erlaubt – für die **überwiegend** gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Wir allen erinnern uns sicherlich noch an Zeiten, wo Verwaltungsmitarbeitenden der Kontakt und das Reden mit Teilen der Politik verboten wurde oder an den einen oder anderen verbalen Missgriff von Kollegen.

Insbesondere möchte ich die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre bis heute mit Herrn Zimmermann und der Peto-Fraktion besonders hervorheben, auch weil dabei aus unserer Sicht beide Seiten zur Erreichung von Kompromissen auch schon mal über ihren Schatten gesprungen sind. – Vielen Dank!

Verabschieden werden wir also heute den Haushalt für 2014.

Wie anders sieht der aus, als die Haushaltspläne in früheren Jahren, als wir gleichzeitig schmerzhaft Sparkonzepte mitbeschließen mussten, die zum Teil große Mehrbelastungen und Einschränkungen für die Menschen in Monheim bedeuteten und beispielsweise der Sollstellenplan eher wirkte wie ein Stellen**abbauplan**.

**„Der einstimmig gefasste Beschluss aller Fraktionen, den Hebesatz der Gewerbesteuer auf eine in NRW einmalig niedrige Höhe von 300 Punkten zu senken, war eine gute Entscheidung für Monheim“**, habe ich im vergangenen Dezember zum Haushalt 2013 gesagt und kann das heute wiederholen, weil sie das immer noch ist!

Die Prognosen zur Erzielung von Gewerbesteuereinnahmen waren nicht blauäugig naiv, sondern wurden noch übertroffen.

Die SPD-Fraktion steht auch dazu, mit dem heutigen Beschluss des Haushalts 2014 den Gewerbesteuerhebesatz um weitere 15 Punkte auf 285 Prozentpunkte zu senken.

Die Anfeindungen von Nachbarstädten, Monheim würde diese damit schwächen und

belasten, wurden von Bürgermeister Zimmermann nachvollziehbar widerlegt.

Es hat der einen oder anderen Nachbarstadt ja auch nichts ausgemacht, über Jahre hinweg wesentlich niedrigere Hebesätze zu verabschieden als Monheim.

Bezüglich der Monheimer Ergebnisse braucht man sich dazu nur einmal die Entwicklung der Kreisumlage anzusehen. Von der deutlichen Senkung der von den kreisangehörigen Kommunen zu zahlenden Umlage, die fast ausschließlich auf die enorme Steuerkraft Monheims und damit auf die hohe Zahlung aus Monheim zurückzuführen ist, profitieren alle anderen Städte im Kreisgebiet deutlich.

Es ist mit dem niedrigen Steuersatz in Monheim nicht die Abwanderung aus anderen Kreisstädten erfolgt. Das war auch nicht die Absicht!

Ziel ist es vielmehr eine Abwanderung in andere Bundesländer zu verhindern, die teilweise noch niedrigere Hebesätze haben, sondern die Firmen damit in NRW zu halten. Es ist nicht einzusehen, warum dem Land NRW Einnahmen in Millionenhöhe an andere Bundesländer verloren gehen sollen.

NRW ist das Stichwort!

Ich bin sehr froh, dass die Landesregierung nicht ihre ursprüngliche Absicht in die Tat umgesetzt hat, die Stadt Monheim mit einer Abundanzumlage in der ursprünglich geplanten Höhe von über 46 Millionen Euro zur Kasse zu bitten.

Allen, die das verhindert haben, insbesondere dem Landtagsabgeordneten Jens Geyer, gebührt ebenfalls großer Dank.

Allerdings sind 23,5 Millionen immer noch eine kaum zu verkraftende Last. Zumal wenn man bedenkt, dass sich mit der jetzt beschlossenen Umlage die Laufzeit der Umlage um zwei Jahre verlängert hat und so die Absenkung nicht 50 % sondern nur ca. 40 % der ursprünglich geplanten Höhe beträgt.

Solidarität mit anderen, hoch verschuldeten Städten: **Ja** (das hätten wir uns in Zeiten von Nothaushalten, die ja noch nicht sehr lange zurückliegen, auch gewünscht), aber nicht in Höhen, die unsere Bemühungen um finanzielle Stabilität, gefährden oder konterkarrieren.

Ich hätte mir früher nie vorstellen können, dass ein Haushaltsplan Freude macht, aber dass wir bereits früher als geplant, nämlich ab 2014, die Kindergartenbeiträge ganz abschaffen und dazu noch die Kosten des Ganztages für die Eltern abschaffen und die Essenbeiträge reduzieren werden, ist der SPD-Fraktion - und bestimmt nicht nur der - eine reine Freude.

Ich erinnere mich noch genau, dass wir in früheren Diskussionen zu den Haushaltsplänen wenigstens die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres gefordert haben und glücklich waren, dass die SPD-geführte Landesregierung das dann möglich gemacht hat. Von Beitragsfreiheit haben wir vielleicht geträumt, wagten wir damals aber nicht zu hoffen.

Diese Beitragsfreiheit ist für uns Bestandteil eines vorbeugenden Sozialstaates, eines vorbeugenden Sozialstaates, in dem wir unsere zentrale politische Aufgabe in der Kommune sehen. Eine Aufgabe, die zwar im Moment zu Mehrausgaben führt, die aber auf Dauer viel größere Folgekosten vermeidet.

Mit den Entwicklungen der letzten drei Jahre aber **spricht auch die SPD** gern von Monheim als der Hauptstadt des Kindes, was wir früher eher als Schaumschlägerei betrachtet und abgelehnt haben.

Natürlich ist da nicht nur die Beitragsfreiheit allein zu sehen, auch die Verbesserungen von Kinderspielflächen, Schulhöfen und der Schullandschaft an sich, tragen dazu bei.

Vor diesem Hintergrund ist auch unser Antrag auf Errichtung einer Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule zu sehen, die seinerzeit aus Kostengründen verworfen werden musste. Nunmehr finden wir sie in der Mittelfristigen Finanzplanung mit der Realisierungsabsicht 2015. Das wird sich positiv auf den Sportunterricht der Peter-Ustinov-Gesamtschule auswirken

Der geplante Neu- und Umbau der Feuer- und Rettungswache wird sicher viele Väter und Mütter haben. Ich habe in unseren Anträgen aus Vorjahren noch einmal recherchiert:

Die SPD-Fraktion hat dazu insgesamt 4 Anträge gestellt und zwar in 2008, 2011 und 2012. Sei es drum, manchmal muss man eben „dicke Bretter bohren“!

Es ist erfreulich, dass jetzt ein Weg gefunden werden konnte, um bald mit der Maßnahme beginnen zu können, ein Weg, der alle Interessen berücksichtigt.

Daher unterstützen wir den Ausbau der Feuerwache, der ja auch ein Neubau ist, am bisherigen Standort..

Spätestens seit dem Feststand, dass es keine gemeinsame Feuerwache mit der Stadt Langenfeld geben wird, haben wir die Verwaltung mehrfach gebeten, der Politik Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Bereits im Nachtragshaushalt für 2012 wurden auf Antrag der SPD Planungskosten in Höhe von 50 000 € veranschlagt. Nach unserer Auffassung hat sich der Standort der Wache seit mehr als 30 Jahren bewährt und ist von der Bevölkerung akzeptiert. Am Ende der Baumaßnahmen wird Monheim über eine moderne und leistungsfähige Feuerwache verfügen.

Ich will nun nicht alle unsere Anträge in den Fachausschüssen wiederholen, die eine Mehrheit gefunden haben oder in einen Prüfauftrag an die Verwaltung mündeten, die uns aber zeigen, dass der Haushalt 2014 in Teilen eine SPD-Handschrift trägt.

Nennen aber will ich hier den auf Zustimmung getroffenen Antrag für ein Probejahr in Baumberg an einem Tag in der Woche eine Servicestelle des Bürgerbüros zu installieren.

Dort sollen alle Dinge erledigt werden können, die im Rathaus im Bürgerbüro auch möglich sind. Das schließt die geplanten Aufgabenerweiterungen natürlich mit ein. Es wird dann an den Baumbergerinnen und Baumbergern liegen, ob das Angebot bestehen bleibt. Wir sehen hierin eine Möglichkeit, die Rahmenbedingungen und die Daseinsvorsorge für Baumberg zu verbessern.

Kurz erwähnen möchte ich allerdings noch Anträge, die uns besonders am Herzen liegen, und zwar das Vorziehen des Deichlückenschlusses als Hochwasserschutz Richtung Hitdorf, die Überarbeitung der Bürgerwiese Monheim, die im Rahmen des Bplan vorgesehen werden soll und die Ausstattung von Buswartehallen mit Sitzbänken, wo das bisher noch nicht der Fall ist, sowie auf den Zuwegungen zum Stadtzentrum in Absprache mit Senioreneinrichtungen und -organisationen.

**Denn:** Hauptstadt des Kindes ist die eine gute Sache, eine **generationengerechte Stadt**

ist die andere gute Sache und **unser Ziel**.

Natürlich stecken in einem Haushalt nicht immer nur Freude, sondern auch Misslichkeiten und Pläne, für die keine Mehrheit gefunden werden konnte.

Hervorheben möchte ich hier unser Bedauern, dass es nicht gelungen ist, den Seniorinnen- und Seniorenbeirat als neutrale Interessensvertretung der älteren Menschen in Monheim über seine Wahlzeit hinaus beizubehalten.

Aber, so funktioniert Demokratie und das müssen wir dann auch aushalten.

Noch viel schlimmer ist es, dass es nicht gelingen konnte, das Monheimer St. Josef Krankenhaus zu erhalten oder in modifizierter Form weiter zu betreiben, durch wen auch immer.

Das Krankenhaus stellte in den mehr als 100 Jahren seines Bestehens einen wichtigen Teil der medizinischen Grundversorgung für Jung und Alt, aber auch für die Behandlung von unterschiedlichen Krankheiten in der Stadt dar.

Nicht zuletzt deswegen hat sich die SPD - Partei wie Ratsfraktion – immer für dessen Erhalt und Funktionsfähigkeit im Interesse der Menschen in Monheim eingesetzt.

Die Bildung eines Krankenhauskuratoriums durch den Rat der Stadt Monheim und die Kirche, war in den 80iger Jahren ein erster gemeinsamer Schritt des Rates.

Vor vielen Jahren schien es die Rettung zu sein, das Krankenhaus dem neugebildeten Kplus-Verband einzugliedern mit der Hoffnung durch Querfinanzierung, Synergieeffekte und weitere Spezifizierung das Monheimer Haus wirtschaftlich erhalten zu können.

Der Plan war Monheimer Patientinnen und Patienten je nach Krankheitsbild in einem auf das Krankheitsbild spezialisierten Krankenhaus des Verbandes behandeln zu lassen und Patienten aus anderen Städten nach Monheim zu bringen, um sie hier beim jeweiligen Spezialisten behandeln und genesen zu lassen.

**Einige Jahre sah es auch so aus, als würde dieser Plan aufgehen.** Noch vor nicht allzu langer Zeit wurden mit der Errichtung des St. Marien Altenheims und der Betriebsaufnahme des Therapiezentrums Monheim in unmittelbarer Nähe des St. Josef Krankenhauses die günstigen Perspektiven einer Kooperation hervorgehoben.

Es ist uns auch noch in guten Erinnerung, dass der Förderverein des Krankenhauses noch vor kurzer Zeit mehrere 100.000 Euro in die Ausstattung der Krankenzimmer etc. gesteckt hat.

Offensichtlich war der Kplus-Verband nicht in der Lage oder auch nicht bereit, die Wirtschaftlichkeit durch Schaffung einer tragfähigen Struktur im Verbund sowie durch notwendige Investitionen zu schaffen.

Das Ergebnis und die Folgen sind leider hinreichend bekannt.

So bleibt uns zur Zeit nur die Hoffnung, dass es wenigstens gelingt ein Medizinisches Versorgungszentrum an der alten Schulstraße zu etablieren.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
gestatten Sie mir in dieser letzten Haushaltsrede einen Rückblick auf die Legislaturperiode

und die Rolle der SPD in der Opposition.

### 1. Der Kompromiss im Sportstättenkonzept

Nach einem Dutzend Jahren der Lähmung hat die SPD zusammen mit Peto endlich den Knoten zerschlagen und einen tragfähigen Kompromiss beschlossen, der zur Zeit umgesetzt wird. Bestandteil des Kompromisses ist für die SPD-Fraktion das Akzeptieren von Wohnbebauung in einem Teil von Baumberg-Ost. Wie immer gehört es zu einem Kompromiss, der am Ende ein Win/Win-Ergebnis hat, auch Zugeständnisse zu machen. So sind wir hier von unserer starren Haltung: Keine Bebauung in Baumberg-Ost teilweise angewichen.

### 2. Die Siedlung Waldbeerenberg

Allerdings und das ist dann wiederum das Erfreuliche an dem Kompromiss, ist es der SPD-Fraktion ist es gelungen, einen 30%-Anteil an bezahlbarem Wohnraum, möglichst in der Form von Spzialem Wohnungsbau, durchzusetzen - gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP.

Dabei handelt es sich um eine absolut notwendige Maßnahme, wie die gegenwärtige Entwicklung der Wohnungssituation in der Rheinschiene zeigt.

Damit verbunden ist der Antrag der SPD-Fraktion, die Siedlung Waldbeerenberg als Klimaschutzsiedlung zu errichten. Die MEGA arbeitet an der Umsetzung.

### 3. Der Kompromiss Rheinbogen

Auch in diesem Falle hat die SPD-Fraktion durch die Bereitschaft zum Kompromiss mit der Peto-Fraktion die langjährige Lähmung in dieser Frage beseitigt. Es wurde durch mehrere Verhandlungen, teilweise unter 4 Augen, ein fairer Ausgleich zwischen den Belagen des Natur- und Landschaftsschutzes auf der einen und der Freizeitgestaltung auf der anderen Seite gefunden. Die Umsetzung ist mittlerweile im Planungsausschuss beschlossen.

### 4. Bebauung Jahnsporplatz verhindert

Eine von der CDU Monheim geplante Bebauung des Jahnsporplatzes konnte gemeinsam mit der Peto-Fraktion verhindert werden. Das von Monheimer Bürgern initiierte Bürgerbegehren für den Erhalt des jahnsporplatzes wurde von Peto und der SPD erfolgreich unterstützt.

### 5. Sekundarschule Monheim

Die SPD Monheim hat sich ebenfalls mit Peto und Bündnis90/Die Grünen für die Errichtung einer Sekundarschule in Monheim eingesetzt, nachdem die Eltern „mit den Füßen abgestimmt hatten“ und für die Hauptschule zu wenige Anmeldungen erfolgten.

Das zum Erhalt der Realschule von Elternkreisen der Realschule angestrebte und von der CDU unterstützte Bürgerbegehren scheiterte.

Im Gegenteil, die Anmeldungen zur Sekundarschule übertrafen die erforderliche MindestschülerInnenzahl und bestätigten uns in der Annahme, dass die Eltern ihre Kinder lieber in der Sekundarschule anmelden würden - wegen der besseren Förderung.

## 6. Konstruktive Beteiligung an Planungsprozessen

Dazu gehören die Stadtmitte mit Rathausplatz und Krischerstraße sowie die Planungen zum Stadteingang.

Die Planungen zum Stadteingang gehen übrigens auf einen älteren Antrag der SPD-Fraktion zurück, einen städtebaulichen Wettbewerb für diesen Bereich durchzuführen.

Mit diesen Beispielen weist die Monheimer SPD nach, dass sie Politik für die Menschen in Monheim aktiv gestaltet, auch wenn sie nicht in der Position der Mehrheit ist.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nach meinen Ausführungen nicht wundern, die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt für das Jahr 2014 gern zu.

Ich wünsche Ihnen und den Ihnen Nachfolgenden für die Zukunft eine glückliche Hand für die Geschicke Monheims

und danke für Ihre Aufmerksamkeit.